

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1913. Nr. 410.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 206.

Abonnementpreis für Halle und Verone 2,50 M., für die Post bezogen 3 M., für das Vierteljahr. Die Halle'sche Zeitung erscheint wöchentlich fünfmal. — Druck-Verlag: Halle'scher Druck-Verlag (Halle), Druck-Verlag (Halle), Druck-Verlag (Halle), Druck-Verlag (Halle), Druck-Verlag (Halle).

Zweite Ausgabe

Abonnementpreis für die halbesbüchernen Provinzialen oder deren Raum für Halle und den Umkreis 20 Pfennig, außerhalb 30 Pfennig. — Bestellen am liebsten bei den bekannten Zeitungs-Verlegern.

Verlagsstelle in Halle (Saale): Leipziger Straße Nr. 61/62. Telefon 8106 u. 8108; Telefax-Telefon 8110. Schriftleiter: Dr. Strasser-Blasberg, Halle (Saale).

Dienstag, 2. September 1913.

Verlagsstelle in Berlin: Bernburger Straße 32. Telefon Amt Scharfstr. Nr. 8290. Druck und Verlag von Otto Cielak, Halle (Saale).

Die Fleishteuerung — eine nationale Gefahr.

Unter diesem Schlagwort hat vor einiger Zeit der der fortschrittlichen Volkspartei angehörende Reichstagsabgeordnete Reube einen Artikel in der „Saale-Zeitung“ erscheinen lassen, dessen Inhalt fast in jeder Beziehung einer Wichtigtuerei dringend bedarf. Herr Reube ist ja der Einwohner der Stadt Halle nicht ganz unbekannt. Wie sich die Leser der „Halle'schen Zeitung“ vielleicht noch erinnern werden, hatte sich die hiesige Zeitung der fortschrittlichen Volkspartei in die am 4. September vorigen Jahres in den „Thaliafestspielen“ abgehaltene Fleischnot-Protokollversammlung als Hauptredner verschrieben. Freilich sind wohl damals manche seiner Zuhörer von ihm in gewisser Hinsicht etwas enttäuscht gewesen, denn wenn er auch mit großer Entschiedenheit für die Zulassung der Einfuhr von

überseeischem Gefrierfleisch

eintrat, so war er doch andererseits der Meinung, daß die Anwendung derartiger Rohstoffe auf dem Gebiete der Fleischpolitik, wie sie die ortseingewohnte erste Lesende des entgegengesetzten Liberalismus in Empfehlung bringen zu müssen glaubte, doch nicht so ohne weiteres als annehmbar zu erachten sei.

Am übrigen ist noch über Herrn Reube zu bemerken, daß er an der Frage der Fleischnot selbst in nicht unbedeutendem Umfange interessiert ist. Gehört er doch zu den bedeutendsten Importeuren von Rindern, Lämmern, Schweinebäcken und ähnlichen Lebensgenüssen des Fleischereigewerbes am Hamburger Plak. Wenn diese Tatsache nicht bekannt ist, der wird aber auch der von ihm im ersten Teile der einigungs erwähnten Veröffentlichung beliebigen Zurechnung schwerlich das rechte Verständnis entgegenzubringen vermögen. Herr Reube bleibt nämlich auch bei der letzteren ganz beim Geheiß und unterläßt nicht etwas, um wieviel das eigentliche Fleisch im Deutschen Reich teurer ist als im Auslande. Er begnügt sich vielmehr mit einer

Gegenüberstellung

derjenigen Preise, die — nach seiner eigenen Angabe — in Deutschland und Dänemark für Rindern, Lämmern, Kalbkalben, Kälber, Schweine und dergleichen erzielt werden. Er kommt hierbei zu dem Ergebnisse, daß derartige Artikel hierzulande drei- bis achtmal soviel kosten wie in Dänemark. Die Schuld daran trägt aber natürlich einseitig und allein unsere Fleischpolitik in Verbindung mit unserer Fleischnot- und Seuchenbekämpfung.

Nun geht es aber schließlich um nicht, daß nach der Höhe des Preises des sog. Kleinfleisches und ähnlicher Abfälle auch die des Preises des eigentlichen Fleisches beurteilt wird. Hätte Herr Reube nur auf das letztere zurückgegriffen, so würde er zweifelsohne auf einem weit weniger wirksamen Wege gekommen sein, als er mit Hilfe des von ihm geübten Verfahrens erzielt hat. Anzeichen dafür ist sich überdies auch wieder eines Mittelschen bedient, bei dessen Anwendung er bereits einmal im Vorjahre von der landwirtschaftlichen Presse erlitten worden ist. Was heißt denn eigentlich bei ihm „in Deutschland“ und „in Dänemark“? Unter Deutschland versteht er jedenfalls den Hamburger Markt. Unter Dänemark hingegen irgend ein kleines Landkästchen in Jütland, das inmitten eines, in starkem Umfange Fleischausfuhr betreibenden Gebietes gelegen ist. Dort muß natürlich der sog. Kleinfleisch billiger sein als in einem großstädtischen Verbrauchszentrum. Zur Feststellung dieser Tatsache braucht man aber nicht erst über die Grenze zu gehen. Ähnliche Preisunterschiede wie die von Herrn Reube angeführten dürften vielmehr auch schon innerhalb des Gebietes des Deutschen Reiches aufzufinden sein.

Im zweiten Teile seiner Abhandlung singt Herr Reube unter anderem der

Fleischproduktion

der dänischen Landwirtschaft ein befehrtes Lob. Nicht minder preist er die Viehzucht und Schweinefleisch Englands, obschon ihm nicht unbekannt sein dürfte, daß dieses Land zum wenigsten die Hälfte seines Fleischverbrauchs aus dem Auslande zu beziehen genötigt ist. Auch eine kleine Unrichtigkeit läuft ihm hier unter. Bekannt ist, daß

das der deutsche Fleischholl 40 Pfa. pro 1 Kilogramm betrage. Der normale Zollsatz für frisches Fleisch beläuft sich aber nur auf 27 Pfa. pro 1 Kilogramm.

Des weiteren weist Herr Reube darauf hin, daß in der ersten Hälfte des August in London aus Argentinien über 40 000 gefrorene und 130 000 gefüllte Rinderhälften eingeführt seien und der Großhandelspreis für australisches und argentinisches Rindfleisch sich dort am 15. August auf 56–60 Pfa. pro 1 Kilogramm gestellt habe. Bedauerlich sei, daß diesen Ziffern bei uns nicht die gebührende Beachtung zuteil werde. Was aber die agrarische Presse über die Einstellung von Schlachtungen sowie die Fleishteuerung in Argentinien zu melden gewußt habe, sei samt und sonders unzutreffend. Gestatten Sie gütigst, Herr Reube! Die Ausführungen der „agrarischen“ Blätter über die Lage des argentinischen Fleischmarktes beruhen im wesentlichen auf einigen einschlägigen Berichten des

Kaiserlichen Generalkonsulats in Buenos Aires

die in den „Nachrichten für Handel, Industrie und Landwirtschaft“ abgedruckt worden sind. In ihnen findet man jedoch auch Angaben, die die Reubesehen Mitteilungen über die Versorgung Londons mit Gefrierfleisch in ganz eigentümlicher Weise erscheinen lassen. In Argentinien spielt sich zurzeit ein erbitterter Kampf ab zwischen den mit dem nordamerikanischen Fleischtransport in Verbindung stehenden Fleischexportgesellschaften und den unabhängigen anglo-argentinischen Firmen. Beide Gegner suchen die Fleischausfuhr mit allen erdenklichen Mitteln zu steigern und haben dadurch die Viehpreise bereits zu einer noch nie dagewesenen Höhe emporgetrieben. Auf dem Londoner Gefrierfleischmarkt unterliegen sie sich aber derart, daß dieselbst bestes Fleisch argentinischer Herkunft billiger zu haben ist als in Buenos Aires das Fleisch zweiter Qualität. Wie groß die Verluste sind, die der wilde Konkurrenzkampf den Gefrierfleischhändlern verursacht, zeigt eine von dem oben erwähnten Generalkonsulat mitgeteilte Eingabe sämtlicher nicht-amerikanischen Gesellschaften der Provinz Buenos Aires an das argentinische Landwirtschaftsministerium. In dieser wird unter anderem ausgeführt, daß der Export eines Rindes unter den derzeitigen Verhältnissen für die Gefrierfleischhändler ausnahmslos einen Verlust von 30–40 Papierpesos (54–72 Mark) zur Folge habe. Daß auf dem argentinischen Fleischmarkt tatsächlich Verhältnisse der ungesundesten Art herrschen, ist übrigens erst in den letzten Tagen durch eine in „Der Berliner Tageblatt“ unter dem Titel „Argentinische Zukunftsfragen“ erschienene Korrespondenz ausdrücklich bestätigt worden.

Im letzten Abschnitt seines Artikels äußert sich Herr Reube endlich darüber, inwiefern er in der Fleishteuerung eine

nationale Gefahr

erblicken zu müssen vermeint. Er glaubt nämlich, daß durch sie die Ernährung unseres Heeres im Falle eines Krieges gefährdet werden könnte. Darüber möge sich Herr Reube nur beruhigen. Solange noch die deutsche Landwirtschaft einen so großen Teil des inländischen Fleischverbrauchs zu decken vermag, wie das bisher der Fall gewesen ist, wird sie auch im Kriege, in dem ja in jeder Beziehung auf „Meierlein“ zurückgegriffen werden muß, der Militärverwaltung ausreichende Mengen von Schlachtieren zur Verfügung zu stellen imstande sein. Ein so großer Viehbedarf an Fleisch, wie Herr Reube anzunehmen scheint, wird aber auch gar nicht entstehen, denn die unter die Fahnen gerufene Mannschaft hat doch auch in Friedenszeiten schon solches gegessen. Vom Auslande werden wir allerdings nach erfolgter Kriegserklärung kaum noch Vieh und Fleisch erhalten. Um so notwendiger ist es aber, daß die heimische Viehwirtschaft nach Kräften auf der Höhe erhalten und noch weiter gehärtet wird. Wenn nun von gewisser Seite, unter anderem auch von derjenigen politischen Partei, der sich Herr Reube zurechnet, fort und fort gegen diejenigen Maßnahmen Sturm gelaufen wird, die von seiten der gezeigten Faktoren zum Schutze der inländischen Viehhaltung getroffen worden sind, so kann man allerdings unter den obwaltenden Verhältnissen in einem solchen Beginnen nichts anderes erblicken, als eine

sehr große nationale Gefahr.

Deutsches Reich.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ gegen den „Vorwärts“. In der „Nordd. Allg. Ztg.“ lesen wir: Der „Vorwärts“ veröffentlicht in seiner Nummer vom 29. v. Mts. eine Zufahrt aus Braunschweig, worin mitgeteilt wird:

„Aus weißer Quelle, die gute Beziehungen zum Bundesrat unterhält, wissen wir freilich, daß nach dem Tode der Frau von Wilhelm II., um dem Bundesrat die Schenkung leichter zu machen, der Herzog von Cumberland zum öffentlichen Verkauf der Hannover zu bewegen suchte. Als Gegenleistung wurde dem Cumberland der Generalsrang und die Uniform der Garde-Regimenter angeboten. Demnach lebte er ab und drohte, mit seinem Sohn unter Unterzeichnung der roten Uniform nach Genua zu emigrieren. Es kam aber nicht zum Bruch, die Kaiserin vermittelte, aber die Spannung zwischen Berlin und Genua ist seit dieser Zeit noch nicht behoben.“

Wir stellen fest, daß an diesen Angaben kein wahres Wort ist.

Kleinere politische Nachrichten.

* König Friedrich August von Sachsen verließ zurzeit einige Teile seines Landes. Am Montag besuchte er Schkeibitz-Ernstthal, Gersdorf, Lugau, Oelsnitz usw. und besichtigte industrielle Etablissements und Bergwerksanlagen.

* Keine Steuererlässe. Die „Berliner Korrespondenz“ schreibt: In der Tagespresse findet sich mehrfach die Notiz, daß in der letzten Sitzungsperiode unerwartet gebliebene Novellen zum Einkommensteuergesetz und zum Erbschaftsteuergesetz dem Reichstag bei seinem Wiederzusammentritt wieder vorgelegt werden würden, und daß die Entwürfe im Finanzministerium bereits einer teilweisen Neubearbeitung unterzogen worden seien. Wir können mitteilen, daß diese Nachrichten nicht zutreffend sind.

* Die Vermögenserklärung zum Wehrbeitrag. Ueber den Termin, zu dem die Vermögensklärung zum Wehrbeitrag zu erfolgen hat, sind jetzt durch einen Erlass des Finanzministeriums die näheren Bestimmungen getroffen worden. Die Frist für die Abgabe der Erklärungen ist auf die Zeit vom 4. bis 20. Januar 1914 festgesetzt worden. Der Erlass enthält außerdem eine Reihe wichtiger Bestimmungen über die Berechnung des Wehrbeitrages und über die Verpflichtung der Veranlagungscommission. Als Einkommen im Sinne des Wehrbeitrages gilt dasjenige steuerpflichtige Einkommen, das auf den Beitragspflichtigen für das Jahr 1914 veranlagt wird. Ertrag im Rechtsmittelfahren eine Abänderung der Einkommensteuer, so ist der Wehrbeitrag von dem Betrag entsprechend zu vermindern.

* Bei der Ernennung zum preussischen Abgeordnetenhaus im Wahlkreis Nr. 20 stand im Wählerzettelbesitzer Kable (sonst) mit 60 Stimmen gewählt worden. Gegenkandidaten waren nicht aufgestellt.

* Die Ministerliste ist Montag früh 7 Uhr 30 Minuten in See gegangen. Das Wetter ist warm, die See ruhig. Der à la suite der Kaiserlichen Marine stehende Viceadmiral Lubow, Herzog der Braunschweig nimmt auf Einladung des Kaisers an den Beschlüssen der Hofgesellschaft teil. Der kleine Kreuzer „Hela“ brachte den Herzog am Sonnabend von Guxhagen nach der bei Helgoland liegenden Hofgesellschaft. Der Herzog hat sich auf S. M. S. „Deutschland“ eingeschifft. Er besichtigt die Insel Helgoland und wird bis etwa am 4. September an den Übungen teilnehmen.

* Erfolge des landwirtschaftlichen Heeresunterrichts. Der landwirtschaftliche Unterricht im Heere hat auch in diesem Jahre mehrere bedeutende Erfolge aufzuweisen. Charakteristisch und erfreulich ist besonders die Tatsache, daß die Wehrpflichtigen der Großhölzer sich in immer steigender Zahl an dem landwirtschaftlichen Unterricht beteiligen. So hat a. B. die Berliner Garnison nicht weniger als 969 Mann zu dem letzten Wehrjahre gestellt, davon allein das Königin-Augusta-Garde-Genie-Regiment 128 Mann.

* Ein Geis zur Bekämpfung der Seuchendliteratur wird bekanntlich im Reichsjournal vorbereitet. Es sind im Bundesrat Verhandlungen mit dem Reichstag im Gange, die ein solches Gesetz dem reellen Nachschub der Seuchendliteratur bereiten könnte, wenn seine Grenzen nicht enger gezogen werden. Wie wir hören, sind diese Verhandlungen unangenehm. Der reelle Nachschub der Seuchendliteratur wird nicht geschädigt, das Gesetz will die Seuchendliteratur und die Anpreisung und Ausstellung ihrer Erzeugnisse bekämpfen und wird der polizeilichen Willkür, wie vielfach angenommen, keine neuen Maßregeln in die Hand geben, um wirtschaftliche und gute Literatur zu fördern. In der Unterdrückung der Seuchendliteratur hat aber auch der reelle Nachschub ein Interesse.

* Adonias Herr Collin und die „Ehrenbede“. Der Generalkonsulmann der „Herrn-Beff. Ztg.“ hält gegenüber der Erklärung des Ehrenbeden Collin seine Mitteilung, daß dieser die sog. „Ehrenbede“ in den „Matin“ gebracht habe, aufrecht:

„Ich kann nur annehmen, daß sich Herr Ehrenbede Collin des Vergangenen heute nicht mehr in voller Frische erinnert. Ich will ihm deshalb sein Gedächtnis schärfen mit der vorläufigen weiteren Andeutung, daß er die von mir mitgeteilten Äußerungen auf einem Festmahl im Laufe eines hohen kirchlichen Würdenträgers in Weg während der Herzog-Jesu-König im Juni 1912 getan hat. Es sind mehr Ehrenbeden hierfür vorhanden als nur ich allein!“

Ausland.

Delafis bleibt?

Delafis wird zwischen dem 15. und 20. Oktober nach Petersburg zurückkehren, um die Geschäfte der Botschaft wieder zu übernehmen.

